



Potsdam, 21. August 2017

Innerstädtischer Campus der Möglichkeiten - Kreative wollen im Rechenzentrum bleiben

Der Sprecher*innenRat des Rechenzentrums und der Vorstand des FÜR e.V., die sich weiterhin für den langfristigen Erhalt des Kunst- und Kreativhauses einsetzen, sehen die Entwicklungen der letzten Wochen als Chance, am Areal rund um die Plantage die Vision eines vielfältigen Campus für Kultur, Kirche und Kreativwirtschaft Realität werden zu lassen. Sie weisen darauf hin, dass es vor dem vom Oberbürgermeister Jann Jakobs angestrebten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung die Mehrkosten - die für den Erhalt des Rechenzentrums beim Bau des Garnisonkirchturms entstehen - zu übernehmen, eine verbindliche Aussage der Stiftung Garnisonkirche über die Dauer der Verlängerung geben muss. Weiterhin unterstreichen sie angesichts der Entwicklungen der letzten Wochen ihre Forderung nach einem Moratorium für Abriss und Bau des Kirchenschiffs von 20 bis 25 Jahren: Ein Betrieb über weitere 5 Jahre mit weiterem Verschleiß würde zum vorzeitigen Exodus des Projekts führen.

Das Ergebnis der bauaufsichtsrechtlichen Prüfung, die die Möglichkeit der Weiternutzung des Rechenzentrums in der jetzigen Form bis Ende 2023 einräumt, wird als deutliches Signal gedeutet: Die Stadt Potsdam hat erkannt, daß ein Kreativhaus in innerstädtischer Lage auch auf Dauer unverzichtbar ist.

Die in den letzten Tagen öffentlich diskutierten Varianten der Unterbringung der Kreativwirtschaft im Langen Stall oder gar im Kirchenschiff der Garnisonkirche, sind aus Sicht des Sprecher*innenRates und des Vereins keine Alternative zum Rechenzentrum - auch wegen der derzeit völlig ungeklärten Realisierungschancen beider Optionen. Der Lange Stall wäre bestenfalls als Ergänzung für Nutzungszwecke, welche im Rechenzentrum nicht umgesetzt werden können, relevant.

Die vom Potsdamer Oberbürgermeister angeregte städtebauliche Gestaltungswerkstatt für den Bereich zwischen Plantage, Rechenzentrum und Garnisonkirche wird von den Kreativen und ihren Unterstützer*innen ausdrücklich begrüßt. Sie verbinden damit aber die Erwartung, dass das sich daraus ergebende Moratorium für einen ergebnisoffenen Prozess genutzt wird, der auch neue Ideen und Lösungen zuläßt.

Die verschiedenen Akteur*innen des Rechenzentrums setzen nunmehr darauf, dass es gelingt, gemeinsam mit der Stadt Potsdam, der Stiftung Garnisonkirche und allen interessierten Bürger*innen die Gelegenheit der Entwicklung eines Campus der Möglichkeiten mitten in Potsdam zu nutzen: *„Hier kann Potsdam die Chance nutzen, der Stadt ein neues Gesicht zu geben und ein Areal zu schaffen, in dem verschiedene architektonische Epochen und Schichten im Stadtbild präsent sind. Das wäre für uns gelebte Versöhnung“*, so Christian de la Motte, einer der Sprecher der Nutzer*innen und Vorstandsmitglied des Für e.V.



Der Sprecher*innenRat des Rechenzentrums und der Vorstand des FÜR e.V. geben in diesem Zusammenhang aber zu bedenken, dass erst eine weitergehende Nutzungsdauer des Rechenzentrums von mindestens 20 bis 25 Jahren von wirtschaftlicher Vernunft geprägt ist. Notwendige Investitionen für Instandhaltungsmaßnahmen des Rechenzentrums können sich erst in diesem Zeitrahmen amortisieren und deshalb auch nur dann von den Nutzer*innen selbst getragen und verantwortet werden. Diese Möglichkeit ist bei einer kürzeren Nutzungsdauer ausgeschlossen.

Ein weiterer Betrieb über fünf Jahre unter den Bedingungen fortgesetzten Verschleißes der Bausubstanz würde zu der paradoxen Situation führen, dass die Nutzer*innen zukünftig höhere Quadratmeterpreise bei sich verschlechternden Arbeitsbedingungen zu leisten hätten.

Die Nutzerinnen und Nutzer weisen darauf hin, dass entgegen der Eindrücke der letzten Wochen, eine verbindliche Dauer der Verlängerung des Betriebs des Rechenzentrums noch nicht vorliegt. Die Bauaufsicht hat ein Zeitfenster für den Betrieb des Rechenzentrums bis Ende 2023 geöffnet. Um diese Nutzungsverlängerung zu ermöglichen, schlägt der Oberbürgermeister den Stadtverordneten vor, die hierdurch entstehenden Mehrkosten aus städtischen Mitteln zu finanzieren. Die Stiftung Garnisonkirche, deren Bewilligung der Verlängerung vertraglich nötig ist, hat sich bisher nicht weder zu diesen fünf Jahren, noch zu einer längerfristigen Lösung bekannt.

Der Sprecher*innenrat der hundertenden Nutzer*innen und der Vorstand vom FÜR e.V. warnen davor, dass städtische Mittel bewilligt werden, ohne dass eine konkrete, verbindliche Aussage über die Verlängerung der Nutzung des Rechenzentrums auch von Seiten der Stiftung Garnisonkirche vorliegt.